

## SPD Parteitag 2019

Die Mitglieder der SPD sind befragt worden, wer ihre neuen Vorsitzenden werden sollen. Das allein sollte eine Aufbruchstimmung erzeugen. Demokratie von unten, mitmachen, mitgestalten ...!

**Aufbruchstimmung durch Demokratie von unten?**

Wenig mehr als die Hälfte der Parteimitglieder haben sich an diesem Versuch, ihre Partei zu retten, beteiligt. Und von SPD Parteimitgliedern darf man vielleicht voraussetzen, dass sie an Politik interessiert sind. Oder sind es in großem Maße vielleicht nur Opportunisten, die glauben, an ihrem Arbeitsplatz<sup>1</sup> sei es vorteilhaft in der SPD zu sein? Und die nun designierten Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans haben gar nur etwas mehr als ein Viertel der Stimmen der Parteimitglieder bekommen.

**Glaubt wirklich irgendjemand<sup>2</sup>, dass die neue Parteispitze die Wähler bei allgemeinen Wahlen mobilisieren kann, die nicht einmal die eigenen Leute mobilisieren konnten?**

**Neue Parteispitze kann nicht einmal die eigenen Leute mobilisieren.**

Martin Schulz hat auf einem SPD Parteitag einmal 100 % der Delegiertenstimmen bekommen. Er wurde getragen von einer euphorischen Stimmung in der Partei. Selbst das hat bei der allgemeinen Wählerschaft nicht gezogen. Der SPD Stimmanteil sackte bei den Bundestagswahlen 2017 und danach bei fast allen Landtagswahlen weiter ab. Und jetzt sollen die, die nur ca. ein Viertel der SPD Mitglieder überzeugen konnten, eine Trendwende erreichen?

Bevor die neue Parteispitze überhaupt angefangen hat, eiert sie schon wieder herum. Sie macht Sprüche, die so oder so interpretiert werden können. Ebenfalls der scheinbar verbalradikale Juso Vorsitzende Kevin Kühnert. Er merkt auch, dass ohne die Leitungspositionen im Staatsapparat die SPD nichts zu melden hätte. Die Bundestagsfraktion und die Minister der SPD im Bund weisen ja schon immer darauf hin: „Opposition ist Mist“ – und nicht nur, weil die Posten weg sind, sondern auch, weil die SPD nichts mehr zu sagen hätte und kaum mehr wahrgenommen würde und erkennbar wäre.

**SPD hat sich längst zur Staatspartei gewandelt, die in Symbiose mit den staatlichen Strukturen lebt. Böse Zungen sagen: als Schmarotzer.**

Die SPD ist nicht mehr fähig, die Bevölkerung zu mobilisieren. Sie regelt alles mit Schaffung von Posten. Parteimitglieder tun kaum mehr selber etwas. Sie lassen tun. Sie kümmern sich nicht selbst um die Nöte der Menschen, sie lassen sich kümmern. Sie geben einem Adressen, bei denen man sich Hilfe holen kann. Sie sind nicht die Adresse. Sie putzen Türklinken nur noch zu Wahlkampfzeiten, wenn überhaupt. Nicht etwa sonst, als gute kompetente Nachbarn.

Die SPD ist nicht mehr kampagnenfähig! Und sie wird von keiner Kampagne unterstützt, wie die Grünen und die AfD. Bei den Grünen sind es die Umweltbewegungen und Bürgerinitiativen. Bei der AfD ist es Pegida und die Ausländerfeindlichkeit.

**Die SPD ist nicht mehr kampagnenfähig.**

<sup>1</sup> Z.B. in Verwaltungen der Länder und Kommunen, die traditionell sozialdemokratische Mehrheiten haben, in Gewerkschaften und ihnen nahe stehenden Verbänden, wie AWO, ASB usw.

<sup>2</sup> Laut Umfrage im Auftrag der ARD 1 dargestellt in den Tagesthemen am 5.12.2019 unter „Deutschlandtrend“ glaubt das tatsächlich eine kleine Mehrheit (51%) der SPD Anhänger und 20% der übrigen Befragten.

Die Gewerkschaften waren und sind einstweilen noch die gesellschaftliche Stütze der SPD. Aber die scheinen auch keine Bewegung mehr zu sein, die von einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung getragen wird. Die Gewerkschaften scheinen schon fast die Interessenvertretung von privilegierten Beschäftigten in der Industrie und im öffentlichen Dienst zu sein, weil drum herum die Arbeitsbedingungen weit verbreitet schlechter werden. Neben ihnen arbeiten die Zeitarbeiter oder die Beschäftigten von Fremdfirmen, die einen Auftrag erledigen. Sie arbeiten zu ganz anderen, meist schlechteren, unsichereren Bedingungen. Die prekär Beschäftigten streiken nicht, sondern für sie muss sich die Politik einsetzen, um einen Mindestlohn und Mindestbedingungen durchzusetzen. Die Gewerkschaften appellieren an die Politik, deren Lebensbedingungen zu verbessern. Sie können die Beschäftigten offensichtlich nicht organisieren und mobilisieren. Die prekären Beschäftigten schaffen es nicht selber durch Kampfmaßnahmen – mindestens war der Versuch von Verdi, bei Amazon Löhne nach Einzelhandelstarif mit Hilfe von Streiks durchzusetzen, bisher erfolglos.

Aber wenn es in den letzten Bastionen der Gewerkschaften zu Personalreduzierungen kommt, dann handeln häufig die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter in den Betrieben aus, dass die Zeitarbeiter und die bei den Fremdfirmen Beschäftigten zuerst gehen müssen, die Stammarbeiter aber über Jahre Schutz vor Betriebs bedingten Kündigungen erhalten. Die DGB Gewerkschaften beteiligen sich dann z.B. auch an der Standortsicherung von Konzernteilen in Konkurrenz zu anderen Konzernteilen in anderen Städten oder Regionen auch durch regionalen Zugeständnissen bei Arbeitnehmerpositionen.

Zunehmend tun sich Spartengewerkschaften hervor, die die besonderen Tarife ihrer Berufe fördern, wie z.B. Piloten, angestellte Ärzte, Lockführer, Fluglotsen usw. die auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozess eine besondere Verhandlungsmacht haben. Ihnen gelingt es zeitweise, sich von der allgemeinen Entwicklung zu schlechteren Arbeitsbedingungen abzukoppeln. Für die übrigen Beschäftigten wirken sie so oder werden von den Medien so dargestellt, als würden sie Privilegien verteidigen – obwohl sie häufig nur normale Arbeits- und Entlohnungsbedingungen aushandeln und dafür auch etwas für die Allgemeinheit tun, nämlich Maßstäbe setzen, was als normales Beschäftigungsverhältnis gelten sollte.

Die SPD hatte früher die Gewerkschaften als feste Basis und mit ihnen gesellschaftlich aktive Organisationen mit Zukunftsperspektive. Heute ist die SPD fest eingebunden in die öffentliche Verwaltung auf allen Ebenen und in die Organisationen wie ASB, AWO und sonstige Wohlfahrtsverbände, evangelische Kirche und ihre Unterorganisationen usw., die von Staatsknete leben. So müssen SPD Parteigliederungen auch dauernd Rücksicht auf die Unternehmen in ihrem Umfeld nehmen. Ihre Instrumente sind nicht mehr die Volksbewegungen sondern die staatlichen Einrichtungen, die öffentlichen Haushalte, Gesetze, Verordnungen, Administration. Die SPD kann nicht einmal mehr eine eindeutige, glaubwürdige gewerkschaftliche Position einnehmen. Sie beteiligt sich z.B. an der Standortsicherung von Konzernteilen in Konkurrenz zu anderen Konzernteilen in anderen Städten oder Regionen auch durch Zugeständnissen bei Arbeitnehmerpositionen, Ausschreibungen mit Zwang, billigste Angebote, selbst die auf Dumpinglöhnen beruhen, zu nehmen, und durch Subventionen an Unternehmen.

Die SPD hat eher Angst vor Massenbewegungen, dass die sich, wie die Gelbwesten in Frankreich, auch gegen die SPD aufmachen.

**Gewerkschaften, die auch gesamtgesellschaftliche Bewegung mit Visionen für ein besseres Leben waren, wandeln sich zu abgeschotteten Interessengruppen.**

**Die SPD, verwoben mit dem Staatsapparat, muss Rücksicht nehmen auf alle anderen realen Mächte vor Ort. Das sind auch ausländische Unternehmen, Investoren usw. Sie wird Teil des Konkurrenzkampfes aller gegen alle. Sie kann keine eindeutigen gewerkschaftlichen Positionen einnehmen. Sie hat Angst vor Massenbewegungen.**

Bei der Beteiligung an Regierung und in der Verwaltung kommen z.T. durchaus Regelungen heraus, die die Lage der Betroffenen verbessern. Natürlich ist ein gesetzlicher Mindestlohn besser als keiner. Natürlich ist es für betroffene (erwachsene Einkommen beziehende) Kinder von pflegebedürftigen Eltern besser, wenn sie für ihre Eltern in Pflegeheimen nicht mehr zu Zahlungen herangezogen werden, die das eigene Einkommen der Eltern in den Pflegeheimen übersteigt. Usw.

**SPD Regierungsbeteiligungen bewirken durchaus auch Gutes und verhindern Schlimmes.**

Aber daraus entstehen keine Perspektiven, erst recht keine gesellschaftliche Bewegung oder gar Begeisterung, die mitreißt und aktiviert. Das ist Klientelpolitik, wie es jede reine Wahlpartei macht – und zunehmend die Parteienlandschaften in Europa in Klientelparteien zerfleddert. Die SPD versucht, wie die anderen Klientelparteien auch, sich mit Steuermitteln ihre Mehrheiten zusammen zu kaufen.

**SPD versucht sich als Klientelpartei mit Steuermitteln Mehrheiten zusammenzukaufen. Das reißt niemanden mit.**

Dann wird von SPD Granden immer wieder beklagt, dass die SPD ihre Erfolge werbemäßig nicht gut genug verkauft hätte. Die unteren Einkommensschichten lassen sich aber durch solch eine Stellvertreterpolitik oder durch Werbekampagnen nicht mobilisieren, ja kaum mal überhaupt erreichen.

Hinzu kommt, dass die SPD nachweist, sie kann es nicht besser als andere Parteien. Häufig sogar macht sie es schlechter. Sie hatte viele Hochburgen, in denen sie lange regiert hat z.B. Hannover, Bremen, Ruhrgebietsstädte usw. Sie hätte Musterstädte oder Musterländle aufbauen können. Sie hatte z.T. alle Zeit der Welt. Z.B. in Bremen in der Bildungspolitik. 70 Jahre sozialdemokratische Bildungssenator\*innen. Bildung ist Ländersache. Der Maßstab ist dann natürlich: Beste Bildungspolitik und gebildetste Kinder und Jugendliche und die am besten ausgebildeten Menschen der Welt (besser und menschlicher als in Singapur). Und es wären keine sozialen Unterschiede bis zum Ende der Ausbildung festzustellen. Das Gegenteil ist der Fall. Nach allen erkennbaren Maßstäben sind die Auswirkungen der sozialen Unterschiede der Elternhäuser für den Bildungserfolg der Kinder nirgendwo sonst in Deutschland so groß wie in Bremen. Und der Anteil derjenigen Schulabgänger\*innen, ohne einen Schulabschluss, nicht einmal den der Hauptschule, ist kaum irgendwo so hoch wie in Bremen. Bei allen Vergleichsstudien belegen die Bremer Schüler\*innen die letzten Plätze. Die SPD kann deswegen nirgendwo glaubwürdig vertreten, dass durch ihre führende Teilnahme an der Regierung, auch wenn man sie alleine machen ließe, wie in Bremen über Jahrzehnte in der Bildungspolitik, die allgemeinen Lebensbedingungen für die große Masse der Bevölkerung besser würden<sup>3</sup>.

**SPD nutzte Gelegenheiten nicht, sich als Vertreterin des Gemeinwohls zu etablieren. Z.T. im Gegenteil: Sie versammelte ihre Einsätze an verantwortlicher Position immer wieder und über Jahrzehnte.**

Aber die Verhältnisse in Deutschland würden jetzt durch einen Austritt der SPD aus der Bundesregierung nicht etwa besser. Es gibt aktuell keine gesellschaftliche Bewegung, die die Richtung zu umfassend besseren Verhältnissen weist<sup>4</sup>. Aber es gibt erkennbare Gefahren, die sich durch ein Ende der GroKo vergrößern würden z.B. in der Außen- und Rüstungspolitik.

**Aber die Verhältnisse in Deutschland und Europa würden jetzt durch einen Austritt der SPD aus der Bundesregierung nicht etwa besser.**

M.E. kann die SPD nicht durch irgendwelche Maßnahmen an der Spitze wieder stark werden, sondern nur dadurch, dass die Mitglieder und die ganze Organisation erkennbar Hilfsmotoren für Volksbewegungen werden. Aber die Bewegungen kann die SPD schon lange nicht mehr selbst anleiern. Wenn sich solche entwickeln sollten, dann könnten Mitglieder und Parteiorganisation aktiv helfen und dadurch wieder Vertrauen in der Bevölkerung aufbauen und dann wieder mitwirken können an besseren Verhältnissen in Deutschland, Europa und auch in Bremen.

<sup>3</sup> Von Hartz IV soll hier einmal nicht die Rede sein.

<sup>4</sup> Auf einzelnen Sachgebieten selbstverständlich schon.